

# 35. Newsletter gegen Rechtsextremismus

---

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

dies ist die Ausgabe 35. unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus: In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie/Euch hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine auf dem Laufenden halten und zeitnah informieren, was in Berlin passiert.

Über Ihr/Euer Interesse freut sich und auf Ihre/Eure Unterstützung hofft

*Ihre/Eure Clara Herrmann*

Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen, Anregungen, Kritik oder technische Probleme: Clara Herrmann, clara.herrmann@gruene-fraktion-berlin.de

---

## Inhalt

### [1. Lehren aus Berliner NSU-Sumpf](#)

### [2. Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte reißen nicht ab](#)

### [3. Berlin Nazifrei – Rechte Demos rund um den 1 Mai](#)

### [4. Verschiedenes](#)

---

## 1. Lehren aus Berliner NSU-Sumpf

Im Januar kamen erneut Verstrickungen zwischen Berliner Sicherheitsbehörden und dem NSU-Komplex ans Licht. Der bundesweit bekannte (Ex-) Neonazi Nick Greger war V-Mann des Berliner LKA. Nick Greger wurde im Jahr 2000 verurteilt, weil er gemeinsam mit Carsten S.- einem NSU-Unterstützer - einen Sprengstoffanschlag auf politische Feinde plante. Der Senat bestätigte zwar, dass Nick Greger zwischen 2001 und 2003 VP des LKAs war und im Oktober 2013 zum Zweck eines „Sensibilisierungsgespräches“ von zwei Berliner Beamten aufgesucht worden ist - doch erneut wurde keine proaktive Aufklärungsarbeit geleistet.

Bis heute verweigert Innensenator Henkel bei Nick Greger einen möglichen NSU-Bezug zu erkennen und damit auch den Umgang der Berliner Polizei mit dieser äußerst zweifelhaften VP im Zusammenhang mit dem Versagen der Sicherheitsbehörden im NSU-Komplex zu sehen.

Berlin muss auf das Ermittlungsversagen reagieren und endlich Konsequenzen sowie Reformen einleiten. Als ersten Schritt konnten wir im Abgeordnetenhaus einen Antrag aller Fraktionen einbringen, der den Senat dazu auffordert, die für die Landesebene relevanten Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages umzusetzen. Es muss vor allem darum gehen, Strukturen des institutionellen Rassismus zu beseitigen und neue Kontroll-, Evaluierungs- und Schulungsmechanismen in den Behörden zu schaffen sowie den Umgang mit Opfern und Angehörigen qualitativ zu verbessern.

#### ***Parlamentarisches:***

- Die Pressemitteilung zum Antrag aller Fraktionen finden Sie [hier](#)
- Den Antrag „***Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses umsetzen***“ können Sie sich [hier](#) anschauen und herunterladen

#### ***Presse:***

- Meinen Artikel „***Berlin im NSU-Sumpf?!***“ in der neusten Ausgabe der „Stachligen Grüne Argumente“ finden Sie [hier](#) auf meiner Homepage
- Neues Deutschland: „[\*\*\*Innenausschuss tagte geheim zu V-Mann\*\*\*“](#)
- Berliner Zeitung: „[\*\*\*Opposition: Bessere Polizeiausbildung zur Überwachung von Neonazis\*\*\*“](#)

---

## **2. Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte reißen nicht ab**

Die rechtsextreme Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte reißt nicht ab. In der Nacht zum 30. April kam es zu einem erschütternden Brandanschlag auf eine Asylunterkunft in Köpenick mit einem rechtsextremen Motiv. Den Bewohnerinnen und Bewohnern passierte glücklicherweise nichts und die beiden Tatverdächtigen konnten anschließend festgenommen werden. Der Staatsschutz hat die Ermittlungen übernommen.

Auch im März gab es erneute Angriffe – in Hellersdorf versuchten Unbekannte in die Flüchtlingsunterkunft einzudringen. Vor allem mobilisiert die sogenannte Bürgerbewegung Hellersdorf weiter gegen Flüchtlinge und verbreitet auf ihrem Facebook-Profil klare rechtsextreme Inhalte. Auch die NPD hat Anfang März mit einer Kundgebungstour vor mehreren Flüchtlingsunterkünften rassistische Hetze betrieben.

In einer Schriftlichen Anfrage an den Senat habe ich nach den rechtsextremen Angriffen und Anschlägen auf Flüchtlinge und Flüchtlingseinrichtungen gefragt. Die Anfrage und die Antworten des Senats können Sie sich unten anschauen.

**Parlamentarisches:**

- Meine Schriftliche Anfrage „**Rechtsextreme Angriffe und Anschläge auf Flüchtlinge und Flüchtlingseinrichtungen**“ und die Antwort vom Senat finden Sie [hier](#)

**Presse:**

- Der Tagesspiegel: [„Tote Ratten, rechte Hetze und das Camp“](#)
  - Berliner Zeitung: [„Rechter Brandanschlag auf Flüchtlingsheim“](#)
- 

### **3. Berlin Nazifrei – Rechte Demos rund um den 1 Mai**

Auch dieses Jahr wollten Rechtsextreme rund um den 1. Mai in Berlin aufmarschieren und mit ihren rechten Hetzparolen gegen Multikulti und Flüchtlinge Europawahlkampf betreiben. Die NPD meldete zwei Demonstrationen in Kreuzberg und Neukölln an – doch sie scheiterten mit ihrem Vorhaben. Am 26. April zeigte die Zivilgesellschaft eindrucksvoll, dass es in Berlins Kiezen keinen Platz für Nazis gibt. Die Rechten mussten aufgeben und die geplante Demoroute abbrechen. Bereits im Vorfeld gab es Diskussionen um die Veröffentlichung der Demorouten durch die Polizei. Die ursprünglich geplante und hoch provokative Route der NPD durch Kreuzberg über den Oranienplatz und am Görlitzer Park vorbei, wurde von der Berliner Polizei zwar nicht genehmigt, doch die tatsächliche Route erst mit steigendem öffentlichen Druck bekannt gegeben.

Bereits Ende März fragte ich in einer Schriftlichen Anfrage den Senat nach rechtsextremen und rechtspopulistischen Veranstaltungen rund um den 1. Mai in Berlin. Am 22. April haben wir zudem einen Brief zur Veröffentlichung der Demorouten am 26. April in Kreuzberg und am 1. Mai in Neukölln geschrieben, doch ohne Antwort von Senator Henkel. In unserem Brief erklären wir, dass es wichtig ist, Demorouten im Vorfeld zu veröffentlichen, um die Bevölkerung vorzubereiten und zu schützen und Gegenproteste zu ermöglichen. Bereits im Jahr 2012 hat die Fraktion einen Antrag auf Demoroutenveröffentlichung eingereicht, der nun Anfang April im Innenausschuss von der Regierungskoalition abgelehnt wurde.

Kurz nach ihrer gescheiterten Demonstration am 26. April kündigte die NPD an, ihren angemeldeten Aufmarsch am 1. Mai durch Neukölln zu einer Flüchtlingsunterkunft abzusagen. Das ist ein beachtlicher Erfolg der Zivilgesellschaft und des Protests: Berlin bleibt Nazifrei!

### **Parlamentarisches:**

- Meine Pressemitteilung „**BERLIN NAZIFREI – WIR ZEIGEN GESICHT FÜR DEMOKRATIE UND MENSCHENWÜRDE**“ finden Sie [hier](#)
- Meine Schriftliche Anfrage „**Rechtsextreme oder rechtspopulistische Demonstrationen rund um den 1. Mai 2014 in Berlin?**“ können Sie [hier](#) lesen und herunterladen
- Unserer Brief an Innensenator Henkel steht Ihnen [hier](#) zur Verfügung
- Den Antrag „**Mehr Transparenz: Veröffentlichungen von Demonstrationen**“ können Sie sich [hier](#) anschauen

### **Presse:**

- Neues Deutschland: [„NPD marschiert mitten durch Migrantenkiez“](#)
  - taz: ["Polizei macht aus Nazis Geheimnis"](#)
  - Der Tagesspiegel: ["Polizei will nicht vorab über Routen informieren"](#)
- 

## **4. Verschiedenes**

### **Internationale Wochen gegen Rassismus in Berlin**

In der Zeit vom 10.03.2014 bis zum 23.03.2014 fanden die "Internationalen Wochen gegen Rassismus" statt. In ganz Deutschland ruft der Interkulturelle Rat auf, sich an den Aktionswochen zu beteiligen und ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Auch in Berlin fanden zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen von Politik und Gesellschaft statt, die sich mit Rassismus und seiner Bekämpfung auseinandergesetzt haben.

### **Antrag: Eine Berliner Verfassung ohne den Begriff „Rasse“**

Ende Februar haben wir im Abgeordnetenhaus gemeinsam mit der Piratenfraktion einen Antrag eingereicht, der dazu auffordert, den Begriff „Rasse“ endlich aus der Berliner Verfassung zu streichen. Der problematische Begriff muss endlich aus offiziellen Gesetzesgrundlagen verschwinden, da sonst der Anschein entsteht, das Konzept der menschlichen Rasse sei akzeptabel. Um Rassismus zu bekämpfen, müssen auch überkommene Begriffe überwunden werden.

- Den Antrag „**Für eine Berliner Verfassung, die auf den Gebrauch des Begriffs „Rasse“ verzichtet**“ finden Sie [hier](#)